

## CLAUDIA KLIMT-WEITHALER „Ört in öffentliche Hand“

einen Kindergartenbeitrag zahlen sollen.

*Gibt es etwas, das speziell der KPÖ zuzuschreiben ist?*

**Klimt-Weithaler:** Dass die Entscheidungsfrist bei der Sozialhilfe gekürzt wurde, beruht ebenso auf unserer Initiative (die Wartezeit betrug vorher bis zu sechs Monate, jetzt sind es drei Monate) wie die finanzielle Absicherung der Pflegeeltern. Die leisteten bisher eine enorm wichtige Arbeit ganz ohne soziale Absicherung.

Leider muss man die gesamte Regierungsperiode als eine der vergebenen Chancen betrachten. Die SPÖ hat sich viel zu selten getraut. Gerade bei der Mindestsicherung oder beim Pflegegesetz (Förderungen soll es nur mehr für öffentliche Pflegeheime geben, um der Geschäftemacherei mit der Altenpflege einen Riegel vor-

zuschieben) hat die SPÖ lieber mit der ÖVP gepackelt, als etwas fürs Land und die Menschen zu verbessern.

*Wie schaut's mit der ÖVP aus?*

**Klimt-Weithaler:** Auch dort war viel Mutlosigkeit zu sehen. Jahrelang war die ÖVP mit uns einer Meinung, den Landeshauptmann bei der Energiepolitik (Preise für Strom, Gas, Fernwärme) in die Pflicht zu nehmen. Sogar bei unserem Antrag zum Rückkauf der ES-TAG-Anteile von der EdF war die ÖVP dabei. Als es darum ging, das Gesetz entsprechend zu ändern, zog die ÖVP zurück. Dazu kommen Landtagsbeschlüsse, die nicht umgesetzt wurden. Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) etwa hat bis heute nicht die Landestankstellen für alle geöffnet, um günstigere Treibstoffe anbieten zu können.

*Warum soll die KPÖ im Landtag bleiben?*

**Klimt-Weithaler:** Wie in Brüssel stellt auch in Wien und Graz eine mächtige Wirtschaftslobby die Weichen. Wir sind denen nicht hörig und eine Vertretung für alle, die keine Lobby hinter sich haben. Wir sind das soziale Gewissen im Land und eine verlässliche Kraft, die immer gegen Ungerechtigkeiten auftreten wird und ihre WählerInnen nicht im Stich lässt oder verrät. Mit unserem Sozialfonds sind wir die einzigen, die Menschen in Not unmittelbar helfen

KPÖ-PolitikerInnen behalten von ihrem Gehalt nur den Teil zum Leben, den eine durchschnittlichen Vollzeitbeschäftigung einbringen würde, der Großteil wird an den KPÖ-Sozialfonds abgeliefert. So wurde seit 1998 mehr als eine Mio. Euro an Menschen in Not weitergegeben.



Es gibt zuviel Ungerechtigkeit, meint KPÖ-Kandidat Johannes Vogl, im Bild mit seinen Kindern.

### KANDIDAT JOHANNES VOGL

## „Es gibt zu viel Ungerechtigkeit“

Johannes Vogl (40) ist Quereinsteiger in die Politik. Er tritt für die KPÖ an, weil er zu viele Ungerechtigkeiten ortet und nur der KPÖ zutraut, sich für die Menschen einzusetzen.

zuviel gestritten wird und weil man zu wenig Volksnähe zeigt. „Jeder, der ein politisches Amt in einer Großpartei innehat, möchte in irgendeiner Form abkassieren“, meint der Wahl-Rottenmanner. Johannes Vogl kommt aus Graz, hat vor 14 Jahren beim Rottenmanner Kirtag seine Frau kennen gelernt und ist dort geblieben.

Johannes Vogl hat alles, was einen zufriedenen Menschen ausmacht: Familie, ein Zuhause, einen guten Job. Trotzdem zieht es den zweifachen Vater in die Politik. Er kandidiert für die KPÖ bei der Landtagswahl am 26. September. Warum?

„In meiner Umgebung habe ich mit vielen gesprochen, die nur in Ruhe leben wollen, obwohl ihnen vieles nicht passt“, erzählt Johannes Vogl, „vor allem viele Ungerechtigkeiten“. Genau deshalb fühlt er sich politisch bei der KPÖ zu Hause, die als einzige Partei gegen Ungerechtigkeiten vorgeht und nicht den Blick für die Menschen verloren hat.

„Ich bin unzufrieden mit der politischen Lage“, erzählt der gelernte Koch, der eine Umschulung zum technischen Zeichner machte und dann an der Abendschule den Ingenieur in Maschinenbau dranhängte. Eine „rote Partei“ sei das einzig nahe liegende. Die SPÖ sei keine Alternative, weil dort

Bei der KPÖ ist es besser. „Da zählen die Menschen“, sagt er, „und man tritt gegen die Ungerechtigkeiten auf“. Besonders stößt er sich an der ungerechten Verteilung, daran, dass viele Dinge nicht für alle verfügbar und leistbar sind. Und am Verkauf öffentlichen Eigentums, an dem sich einzelne bereichern haben. Wie Salzbaron Hannes Androsch; der Ex-SPÖ-Finanzminister hat sich die Salinen unter den Nagel gerissen und profitiert nun daran anstatt des Staates. „Fast nichts mehr gehört der Allgemeinheit. Das darf nicht sein!“, so der KPÖ-Kandidat.



Auf der Liste 3 der KPÖ:  
von links nach rechts:

bi Leitenbauer, Vizebürgermeisterin Trofaia  
Landtagsabgeordnete Renate Pacher  
Landtagsabgeordneter Werner Murgg  
Obfrau des Landtagsklubs und  
Spitzenkandidatin  
Claudia Klimt-Weithaler

